

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1919

296 (19.12.1919)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt 1.80 M., durch unsere Träger zugestellt 1.70 M., am Postkassen 1.75 M., durch den Postboten zugestellt 1.90 M. monatlich, vorauszahlbar. Bei vierteljährlichem Bezug jeweils der dreifache Betrag. Ausgabe: Montag mittags; Geschäftstags: 1/2-11 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die Typalt. Kolonielzeile od. deren Raum 90 A., Reklamen 1.-M., zugänglich 80 % Feuerungszuschlag; Lokalanzeigen billiger. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 1/2 Vorm. für große Aufträge nach zuvor.

Beschlüsse der italienischen Sozialisten.

Milano, 19. Dez. Der „Secolo“ meldet aus Rom, daß im Monte Citorio zwei Sitzungen der sozialistischen Abgeordneten zur Diskussion der Richtlinien für die neue Legislaturperiode stattfanden. Es wurde beschlossen, die Taktik der Unversöhnlichkeit zu betonen. Die bezeichneten Redner sollen im Verlaufe der Diskussion konkreter Gesetzesvorlagen hervorheben, daß absolut keine Möglichkeit der Zusammenarbeit zwischen den Sozialisten und den Bürgerlichen bestehe. Die vorgeschlagenen Reformen hätten einen revolutionären Inhalt und sie könnten nur von einer sozialistischen Regierung durchgeführt werden. Die sozialistischen Redner sollten ihre Reden mit der feierlichen Erklärung der Unversöhnlichkeit schließen. Sie werden so versuchen, die parlamentarische Tätigkeit zu hemmen, um Neuwahlen zu provozieren in der Hoffnung, daß die Sozialisten bei dieser Gelegenheit einen größeren Erfolg erringen könnten als bei den Wahlen am 16. November, der es ihnen dann auch ermöglichte, in die Regierung einzutreten.

Was Deutschland zahlen will für Scapa Flow.

Paris, 19. Dez. Das „Journal“ berichtet über die Wiederherstellungsangelegenheit der versenkten Schiffe von Scapa Flow. Die Alliierten verlangten fünf leichte Kreuzer nebst 400 000 T. Eisenmaterials, Rods, Krähne, Schlepper, Vagone usw. Deutschland erklärte, daß es die leichten Kreuzer nicht liefern könne, weil es diese Schiffe für die Küstenschutzkräfte benötige. Deutschland erbot, dafür einige Großkampfschiffe, die sich noch im Bau befinden, geben zu dürfen. Man entwarf ihm, daß diese Dreadnoughts und Linienfahrer abgebaut werden müssen und daß über diesen Punkt keine Konzessionen möglich seien und daß über die leichten Kreuzer abgesehen werden müssen. Deutschland bewies, daß es im besten Falle imstande wäre, etwa 180 000 Tonnen Eisenmaterials abzuliefern. Deutschland schlug vor, noch 50 000 Tonnen Eisenmaterial nach Wahl der Alliierten zu kaufen. Die technischen Sachverständigen stehen darüber noch in Unterhandlungen. Die Frage hängt hauptsächlich von dem Entschluß der Engländer ab, da ihnen der größte Teil dieser Waare zugebilligt werden soll.

Die Antwort der Entente an Deutschland.

Rotterdam, 19. Dez. „Times“ melden aus London, daß die Alliierten den Wortlaut der Antwortnote an Deutschland festgelegt haben. Die Antwortnote enthält die Zusicherung der Rückkehr der Kriegsgefangenen und ein Verzeichnis der Personen, die sich nach Ansicht der Alliierten während des jetzigen Krieges haben Verbrechen aufzuzählen können lassen und deren Auslieferung von den Alliierten gefordert wird.

Eine deutsche Frage an Clemenceau.

Berlin, 19. Dez. In der durch B.W. am 9. d. M. mitgeteilten Instruktion an Herrn Lehner, worin dieser gebeten wurde, Herrn Dutaşa zu fragen, ob die Zeitungsnachricht zutreffend sei, wonach Herr Clemenceau die Herausgabe der deutschen Gefangenen ausländischen Journalisten gegenüber von dem Entziffern deutscher Arbeiter im Wiedererbaugesbiet abhängig gemacht haben solle. Auf eine von Herrn von Reckner bezogene an Herrn Dutaşa gerichtete Frage, erklärte dieser, es sei unrichtig, daß Herr Clemenceau Pressereportern gegenüber geäußert habe, die Herausgabe von Kriegsgefangenen mit andern Fragen veräußern zu wollen. Dies entspricht nicht den Absichten des Herrn Clemenceau, der die Gefangenensfrage mit keiner andern Frage veräußern wollte.

Ratifizierung des Friedens.

Amsterdam, 19. Dez. Die „Morningpost“ erklärt, daß es jetzt so gut wie sicher sei, daß der Vertrag von Versailles in aller Form am 1. Januar ratifiziert sein und der Böhmerbund infolgedessen automatisch in Kraft treten werde. Der Rat des Völkerbundes werde vermutlich am 7. oder 9. Januar in Paris zusammengetreten. England werde durch Lord Curzon vertreten sein. Der Rat werde sich zunächst der Saarfrage zuwenden und sich mit der Ernennung des Oberkommissars für Danzig befassen und wahrscheinlich Sir Reginald Lyster in dieser Würde bestätigen.

Was ist mit Reinhard?

Die Nachrichten über die Beurteilung bezw. Entlassung Reinhard's nehmen kein Ende und widersprechen sich. Vor einigen Tagen wurde amtlich gemeldet, daß Oberst Reinhard aus der Reichswehr ausgeschieden und mit der gesetzlichen Pension zur Disposition gestellt sei. Das war am 11. Dezember. Am 16. Dezember veröffentlicht die „Post“ ein Protokoll, das unterzeichnet ist von einem Vizeminister Reich und einem Offiziersstellvertreter Bohnhardt. Das Protokoll enthält Aufzeichnungen über einen Besuch verabschiedeter Vertrauensleute einzelner Reichswehrruppen bei Noske. In dem Protokoll heißt es: „Es wurde Noske erklärt, daß Oberst Reinhard der Mutter von Berlin sei und sehr viel für uns Soldaten getan habe. Noske sagte, Oberst Reinhard wäre ja nicht entlassen, sondern nur auf seinen Wunsch sechs Wochen beurlaubt worden.“ Nach dieser Äußerung Noske's ist also Oberst Reinhard entgegen der amtlichen Mitteilung nicht entlassen, sondern nur beurlaubt. Daß dieses Spiel nicht gerade imponierend ist, muß doch gesagt werden. Wir fürchten, daß Noske im Falle Reinhard nicht auf beraten ist.

Eine Interpellation des Staatskanzlers Renner wegen seiner Äußerungen in Paris.

Wien, 19. Dez. In der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung richtete der Abgeordnete der Großdeutschen Vereinigung Dr. Schürff an den Vizekanzler bezüglich der Erklärungen des Staatskanzlers Dr. Renner in Paris über die Nahrungsmitteleilende Deutschlands an Österreich eine Anfrage, in deren Begründung auf die Danteserklärung des Präsidenten Seib verwiesen wird, worin dieser erklärte: „Unseren Brüdern im Reich werde in nächster Zeit für die Hilfe in dieser schweren Zeit, für diesen inangichten Kampf für die Hilfe in dieser schweren Zeit, für diesen Außerordentlichen Großmut, den wir nie vergessen werden.“ Dr. Renner führte sodann aus: Staatskanzler Dr. Renner erklärte einem Mitarbeiter des „Echo de Paris“, daß er hoffe, die Entente werde Österreich nicht auf die Hilfe Deutschlands verweisen, die ihm angeboten worden sei. Auch einem Vertreter des „Blattes „Liberte“ erklärte Staatskanzler Dr. Renner: Wir wollen uns Deutschland nicht anschließen. Unsere Unabhängigkeit ist uns zu wertvoll. Meine Neigung ist nach Westen orientiert. Wenn aber am 21. Januar kein Reich mehr vorhanden ist und Deutschland unsere Unabhängigkeit mit Schwarzbrod auflegen sollte, was werden wir dann einem verhungerten Österreich sagen? Diese Äußerungen des Staatskanzlers Dr. Renner stehen nicht nur im schärfsten Widerspruch zu der Überzeugung und bisherigen Politik der Mehrheit der Nationalversammlung, sondern auch mit der obigen Danteserklärung des Präsidenten Seib. Sie entkräften nicht nur unsere, sondern bedeuten auch die größte politische Unklarheit und zugleich Unvorsichtigkeit gegenüber dem uns bekämpfenden und stets hilfserciten Deutschen Reich. Derartige Äußerungen sind geeignet, uns auch noch die Freundschaft und Hilfe des einzig wahren, uneigennütigen Freundes, des Österreich in der Not gefunden hat, zu verdrängen und den Staat in eine völlig isolierte und eine gänzlich verweitelte Lage zu bringen. Die Abgeordneten sehen sich daher veranlaßt, den Vizekanzler zu fragen, ob er bereit ist, sofort auf kurzem Wege folgende zu lösen: 1. ob diese Äußerungen auf Richtigkeit beruhen, 2. ob die Regierung beabsichtigt mit diesen Äußerungen einverstanden zu sein.

Englische Hilfe für Wien.

Amsterdam, 19. Dez. „Telegraph“ zufolge hat der englische Hilfsausschuß für Wien einen u. a. von General Sir Douglas Haig, Robert Cecil und Henderson unterzeichneten Aufruf an das britische Volk gerichtet. Die britische Regierung hat dem Aufruf die volle Unterstützung zugesagt. Die Regierung beschloß, eine außerordentliche Menge Eisenwaren nach Wien zu senden.

Ausfuhr von Brennstoffen aus Ungarn.

London, 19. Dez. Vom 1. Januar ab wird die Ausfuhr für Kohlen, Holz und anderen in dem Vereinigten Königreich produzierten Brennstoffe freigegeben werden. Von dieser Befreiung wird die Ausfuhr nach Rußland, Ungarn, Deutschland, Österreich, der Türkei und Bulgarien ausgenommen. Für die übrige Ausfuhr ist eine vorübergehende Bewilligung des Staatskontrollbüros oder seiner Vertreter erforderlich. Aus dieser Maßnahme geht hervor, daß sich die Regierung die Kontrolle über die Ausfuhr dieser Produkte vorbehält.

Völkchenspezifische Propagandaarbeit.

Nach einer Meldung der „Times“ aus Helsingfors, hat Alwinow nach Kopenhagen 30 Millionen in Dinarubeln zu bolschewistischen Propagandazwecken mitgebracht.

Schwere Stürme auf dem Ozean.

Newport, 18. Dez. Der furchtbare Sturm, der seit mehr als einer Woche im Norden des Atlantischen Ozeans wütet, hat die Kabel gerissen und die Schifffahrt gestört. Im Hafen von Newport werden mehr als 100 Schiffe erwartet, die Verhätungen von 3-10 Tagen haben. 15 dieser Schiffe sind mit ungefähr 20 000 Passagieren unterweg.

Schweiz für Europa.

Berlin, 19. Dez. Privattelegraph. Da das oberste Bundesgericht der Vereinigten Staaten das Alkoholverbot nicht aufgehoben werden wie das „Berl. Tagbl.“ aus dem Haag berichtet, die ganzen Vorkontrollen in Höhe von 80 Millionen Gallonen von Amerika nach Europa gesandt werden.

Der Sozialist Henderson gegen eine englisch-französische Allianz.

Paris, 19. Dez. Nach einer Meldung des „Journal“ aus London, hat sich Henderson gegen eine französisch-englische Allianz ausgesprochen. Frankreich habe einen ausreichenden Schutz unter andern Formen dadurch empfangen, daß die Rheinlande während 15 Jahren besetzt und dann neutralisiert würden. Außerdem sei Deutschland entwauffnet, Frankreich dagegen behalte die alte Befehrskraft bei und nehme dank ihr in Europa eine vorherrschende Stellung ein.

Neue Stöckung in der Kohlenversorgung.

Berlin, 19. Dez. Privattelegraph. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen Syndikat soll sich nach dem „Berl. Tagbl.“ aufrüstend erklären haben. Die Elektrizitätswerke in der bisherigen Weise zu beliefern und zwar mit Rücksicht auf die hohen Ansprüche die an das Syndikat bezüglich der Kohlenlieferungen an die Entente gestellt werden.

Die Partei und der Fall Klarz.

Berlin, 19. Dez. Der Parteienführer der Reichssozialdemokraten hat jetzt als höchste Parteiinstanz beschlossen, sich mit dem Falle Klarz zu beschäftigen. Ein aus sieben Mitgliedern bestehender Untersuchungsausschuß soll unter dem Vorsitz des Abg. Sellmann (Köln) zusammentreten.

Sieg der Bolschewisten?

Amsterdam, 19. Dez. Eine gestern eingegangene Meldung der Bolschewisten besagt, daß die roten Truppen die besetzten Stellungen ihrer Feinde drei Meilen südlich von der Karwa auf einer Ausdehnung von 10 Meilen genommen haben. Die Bolschewisten hätten den Feind verfolgt und die Karwa überschritten. Die Gefangenen gemacht und Kriegsmaterial erbeutet hätten.

Das Reichsnotopfer und die Entente!

Die Nationalversammlung hat in der Mittwochsitzung dem Reichsnotopfer zugestimmt. Die Verhinderung dieses Gesetzes ist offen nicht gemacht worden, trotz des mühen Kampfes, der gegen das Gesetz geführt worden ist. Die Notwendigkeit der Aufbringung eines gewaltigen Betrages von mehreren Tausend Millionen für die Gesundung unseres öffentlichen Kredits kann nicht bestritten werden. Deshalb erklärten sich mehr oder minder alle Parteien bereit, das Reichsnotopfer oder etwas dem Ähnliches zu bewilligen. Aber gleichzeitig haben alle bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums das lebhafteste Bemühen, die Last des Reichsnotopfers nicht zu tragen. Die einen erklären, daß nur ein Teil der von der Regierung geforderten Sätze eingehoben werden soll, für die natürlich das Reich Schulden aufnehmen werden soll, die anderen erklären, daß sie die Sätze nicht zahlen wollten. Das ist die Politik der hierbei von dem früheren Generaldirektor der Kruppwerke Dr. Eugenberg geführten Deutschnationalen und der von dem früheren Reichsfinanzminister Pöcher-Böhen und von Geheimrat Pfiefer, dem Präsidenten des Hansabundes, der gleichzeitig Präsident des Zentralverbandes der deutschen Banken und Bankiergewerbes ist, geführten Deutschen Volkspartei.

Diese Gedanken, die sich in zahlreichen Anträgen verdrängten, haben bei einem Teil der Demokraten eine sehr sympathische Aufnahme gefunden. Aber die Demokraten haben noch eine andere von ihnen jah durchgeführte Methode. Sie erklären, immer wieder in die Enge getrieben, daß sie selbstverständlich für das Reichsnotopfer sind, daß sie keine Notwendigkeit einsehen, daß sie aber auf das äußerste warnen müssen, das Gesetz in Kraft zu setzen, weil man doch fürchten müsse, daß die Entente den Ertrag dieser größten Steuer, die jemals erhoben wurde, mit Beschlag belegen werde.

Man hat hierauf vom Reichsjustizministerium festgestellt, ob die Entente auf Grund des Friedensvertrags befugt ist, den Ertrag des Reichsnotopfers für sich in Anspruch zu nehmen. Das Reichsjustizministerium hat in sehr ausführlichem Gutachten dargelegt, daß bei dem Bemühen Deutschlands, seinen finanziellen Verpflichtungen gegenüber der Entente nachzukommen, keinerlei Recht bestehe, das Ergebnis des Reichsnotopfers für die Entente zu beschlagnehmen. Aber der Kampf um das Reichsnotopfer geht weiter fort. Während die Deutschnationalen in der Nationalversammlung gegen das Reichsnotopfer und gegen die anderen antikapitalistischen Steuererlasse den Krieg hauptsächlich mit der rücksichtslosesten Diskreditierung Eugenbergs führten, bekämpfte die Demokratische Partei das Reichsnotopfer vor allem in ihrer Presse, die von wenigen Ausnahmen abgesehen, im extremsten kapitalistischen Interesse gegen die Regierung, vor allem gegen ihre Steuerpolitik, Sturm läuft. Wenn sich die Entente unsere Steuererträge anbieten und hysterisch eine Nebensatzbestimmung in Deutschland erzeugen wollen, mit schwerstem Golde gekauft hätte, könnten sie auch nicht zum schwereren Schaden Deutschlands schreiben.

Der Fall besonders der Deutschnationalen gegen das Reichsnotopfer treibt sie zu Handlungen, die in der Wirkung einfach dem Landesverrat gleichkommen. Wir erinnern an die Sturmreden am Dienstag in der Nationalversammlung, als der Deutschnationale Eugenberg in unmissverständlich Worten die Entente zur Befreiung des rheinisch-westfälischen Industriegebietes einlud. Der deutschnationale Sprecher kam zu diesem unerhörten Anspruch auf dem Umwege über die Behauptung, daß die jetzige Regierung das deutsche Volk schrittweise in die fremdländische Sklaverei führe. Da sei es doch, so las Herr Eugenberg aus seinem wüstlichen Manuskript vor, besser, man lasse die Entente sofort in das westdeutsche Industriegebiet einrücken. Reichsminister Eugenberger nagelte es sofort fest, daß Eugenbergs unerhörte Einladung an den Feind gerade in dem Augenblick erfolgte, wo Deutschland sich in den schwersten Verhandlungen mit der Entente befindet. So treten die Hurrapatrioten jetzt auf, wo die Hoffenden für die Kriegsjahre zahlen sollten.

Wir sind freilich überzeugt, daß die Diplomaten, die Parlamentarier, die Finanziers und die Oekonomen der Entente in der Frage des Reichsnotopfers nicht so kurzfristig und kurzfristig sein werden, wie ihre freiwilligen und unbewußten Helfershelfer in Deutschland. Was hätte die Entente, wenn sie die Erträge des Reichsnotopfers beschlagnehmen? Einen gewaltigen Haufen Papier: Kriegsanleihen, Reichsbanknoten, Darlehenslassencheine! Mit denen könnte sie gar nichts anfangen. Auf Grund des Friedensvertrags wird die Entente eine schier unermessliche Summe von deutschen Schuldverschreibungen, die in Gold und in Papier einzulösen sein werden, erhalten. Sie wird verurteilt in diesen „Schätzen“. Diese Schuldverschreibungen müssen eingelöst werden, während ganz ausdrücklich im Friedensvertrag festgelegt ist, daß unsere inländischen Anleihen erst nach Erfüllung unserer Verpflichtungen an die Entente verzinst werden dürfen. Für uns haben diese Kriegsanleihen, Banknoten, Reichsdarlehenslassencheine, die uns die Erhebung des Reichsnotopfers bringen wird, eine Steigerung des Credits, eine Ode von der Valuta, eine Steigerung unserer Kaufkraft, eine Gesundung unserer Weltmarktstellung und mit all dem eine Steigerung unserer Fähigkeiten, unsere Verpflichtungen gegenüber der Entente zu genügen, zur Folge. So hat das Reichsnotopfer auch seine Vorteile für die Entente, die kein verantwortlicher Mann in den fernwärtigen

gerungen übersehen wird. Deshalb ist nicht zu befürchten, daß die Entente Hand auf das Reichsnoteopfer legen wird.

Die Presse aber, die das fürchtet, sollte den sozialdemokratischen Bestrebungen, daß das Reichsnoteopfer, wo es irgend möglich ist, möglichst schnell bezahlt wird, den Weg ebnen. Je schneller wir das Geld bekommen, bevor die Entente uns die Rechnung für die Wiedergutmachung präsentiert, desto sicherer wird der Betrag des Reichsnoteopfers für deutsche Zwecke verwendet werden und der Entente nicht zugute kommen.

Ein Unabhängiger über die Unabhängigen.

Der bekannte unabhängige Schriftsteller G. Ströbl schreibt in der „Weltbühne“ über den unabhängigen Paragrafen:

„Eine Abkehr vom nationalstaatlichen Wahnsinn und der ultrarassistischen Provokationspolitik wäre gleichwohl durchzuführen gewesen, wenn die Unabhängigen sich mit den Reichssozialisten in einen demokratisch-sozialistischen Block zur Sicherung der Republik zusammengeschlossen hätten. Der Moskismus hätte dann vor einer Politik der inneren und der internationalen Verteidigung die Segel streichen müssen. Aber leider hat der Parteitag unsere schmerzlichen Erwartungen noch übertroffen. Niemals hat man Verhandlungen von solcher Gedanklosigkeit, niemals den Triumph solch trostloser Mittelmäßigkeit erlebt. Niemals seit Bestehen der deutschen Sozialdemokratie so verhängnisvolle Beschlüsse gefaßt. An Haases Stelle sitzt nun, neben dem hilflos besessenen Parteiführer des Bolschewismus der magistrale Panatist Dumis, eine wunderliche Mischung von Revolutionsfanatiker und Organisationsphylister. Sie dirigieren fortan mit den Säulen und Säulen die Partei. Selbst der alte Heißsporn Ledebour war wegen seiner demokratisch-parlamentarischen Vorbehalte und seiner Verwerfung des Terrors den wackelhaften Mite-Panatikern nicht radikal genug. Und entsprechend der Zusammensetzung des Vorstandes legte man denn auch die Partei auf das Nihilismus, auf die Diktatur des Proletariats, die dritte Internationale und die Weltrevolution fest. Solange die Unabhängigen unter einer solchen Führung stehen, sind sie als Faktor einer positiven, aufbauenden Politik in Deutschland ausgeschlossen. Ihr hemmungsloser Weltkollapsismus wird ihnen bei der hoffnungslosen Verschwendung der deutschen Zustände, der Unfähigkeit der Herrschenden und dem wachsenden sozialen Elend auch künftig noch Arbeiterschaft zutreiben: dem politischen Aufstieg und der sozialen Befreiung wird ihre kurzfristige Demagogikpolitik immer mehr dienen. Am Gegenteil: der Moskismus und die Reaktion können sich keine besseren Verbündeten wünschen. Deshalb die Machtpolitiker und Imperialisten der Entente, deren Absichten auf die Zerschlagung und dauernde Schädigung Deutschlands in den bolschewistischen Mächten der deutschen Unabhängigen in dem un sinnigen Gesehrei von der Weltrevolution ja die wirksamste Entschädigung finden.“

Demütigenswert war die Rolle, die der Chefredakteur der „Freiheit“ spielte. Rudolf Hilferding hat, wie ja seine Parteitagreden über die dritte Internationale und die Absichten des Bolschewismus, viel zu tiefe Einsichten in das Wirtschaftsleben und die ökonomischen Möglichkeiten, als daß er ohne Widerstreben seines ganzen geistigen Menschen diese Kurzsichtigkeit der Partei hätte mitmachen können. Er fand ja auch manches lauffere und ehrliche Wort der Kritik gegen die rabiate Stimmungspolitik der verblendeten Mehrheit. Aber er brang nicht durch, denn sein Protest kam zu spät. Hilferding ist das Opfer seiner eigenen Taktik geworden. Vor Jahresfrist, als die Kautsky, Bernstein, Restriple und ich ihn zum Kampf gegen den bolschewistischen Weltwahn drängten, wies er jedem rücksichtslosen Besenknüttel aus, weil er durch zeitweiliges Nachgeben die Fäden, das so seltene in der Hand zu behalten glaubte. Ein rätselhafter Irrtum: denn wie konnte er über die kommunistische Konfusion zu siegen hoffen, wenn er in der „Freiheit“ dem Kommunismus unausgesetzte Konzessionen machte, jede entscheidende Kritik aber aus dem Blatte verbannt hat? Hat er doch nicht einmal eine Besprechung von Kautskys Buch über den „Terrorismus und Kommunismus“ zu bringen gewagt.

Nicht nur die Demokratie, sondern auch der Sozialismus hat in Leipzig eine schwere Niederlage erlitten. Wenn nicht die Logik der Ereignisse — vor allem die Rückentwicklung des Kommunismus zur Demokratie in Rußland selbst — diese Fehler

Die Schicksalsmaus.

Eine Erzählung von Tieren und Menschen von Harald Landrup.

18

„Erf! meinst er, es sei alles beim alten — da entdeckt er plötzlich ein neues, vornehmes Haus, dessen blaues Schild mit fetten gelben Buchstaben die Inschrift trägt: Zöns Blomberg, Taylor-Salon.“

Ihm gegenüber hatte schon ein bescheidenes Häuschen, das Blomberg viele hundertmal gesehen hat, durch dessen niedere Tür er aus und eingegangen ist, an dessen Tisch hinter der roten Gardine einst sein Arbeitsplatz war.

In diesem Hause lebt der alte Molander, der Bauernschneider, Blombergs Lehrmeister. Blomberg sieht ihn ganz deutlich im Traum mit seinen ehrwürdigen, weißen Haaren. Jetzt tritt der Alte unter die Tür und läßt ehrerbietig das Köppchen; der Gutsherr von Lindberga kommt durchs Dorf gefahren.

Aber dieser wendet den Kopf weg und tut, als ob er Molander nicht sähe, denn er will zu Blomberg — in den Taylor-Salon.

Blomberg ist ein großer Mann in Gularhd geworden. Es fehlt ihm nur eine Frau, die sein neues Heim gemütlich macht. Er hat schon daran gedacht —

Dieser Gedankengang kam nie zu Ende. Denn im selben Augenblick wurde der Schneider jäh geweckt. Ihm war, als habe ihn jemand auf die Nase geschlagen.

Er fuhr in die Höhe und hörte das Klirren eines Goldstücks, das über den Fußboden rollte und dabei immer engere Kreise zog.

Auch Vater Mons hatte sich in seiner Ecke erhoben und betrachtete verwundert das lebhaft Ding, das endlich milde wurde und sich flach auf den Boden legte.

Mons sprang aus seinem Korb, mit ihm erhob sich auch Blomberg vom Lager. Dann ging der Schneider mit seinen Schritten durch das Zimmer und starrte ununterbrochen

der Unabhängigen fortgerissen, sind die Ausichten für Proletariat und Demokratie einfach trostlos.“

So urteilt ein namhafter Unabhängiger über das gemeinliche Gebären und Treiben der bolschewistischen Unabhängigen, die täglich schlimmer das deutsche Proletariat schädigen und die Reaktion stärken.

Westdeutschland in der Sklaverei.

Die Villa eines Koblenzer Einwohners ist von einem amerikanischen Offizier und seinem Gefolge beschlagnahmt. Die Gattin des Besitzers glaubte berechtigt zu sein, einige ihrer besonders liebe Einrichtungsgüter, darunter ein Delgemäde ihrer Tochter, in ihr neues Heim herübernehmen zu können. Als der Offizier nach Rückkehr von einer kurzen Abwesenheit die Fortnahme des Bildes bemerkte, wurde die „Rebellin“ alsbald zu sechs Wochen Zwangsarbeit und einer Geldbuße verurteilt. Mit „gütlicher Nachsicht“ gestattete die amerikanische Behörde, daß an Stelle der alten Dame ihr ältester Sohn diese unerhörte Strafe übernahm, die er im Arrestlokal zusammen mit einem Freibeiber hüten mußte. Die Zwangsarbeit mußte vor aller Öffentlichkeit erfolgen.

In Marburg sind zwei junge Mädchen aus Saarlouis eingetroffen. Bei einem Tanzergängen weigerten sie sich, mit französischen Soldaten zu tanzen, die in das Tanzlokal eingebracht waren. Sie wurden sofort verhaftet, konnten aber trotz der Pöbel durch ein Fenster entfliehen und nach dem unbesetzten Gebiet gelangen. Vielleicht verlangt man jetzt ihre Auslieferung?

In Oberassel befand sich die Ehefrau Dornenburg mit ihrem zweijährigen Kinde am offenen Fenster ihrer Wohnung in der Wiesentstraße. Ein dem Haus sich gegenüber befindender belgischer Militärposten bemängelte sich damit, scharfe Patronen zu öffnen. Er schüttelte das Pulver auf eine Wand, um es zu verbrennen. Wütend legte der wachhabende Unteroffizier nach Angabe der Frau das Gewehr auf sie an. Sie machte ihm ein Zeichen das zu unterlassen. Darauf nahm der Posten dem Unteroffizier das Gewehr ab und zielte auf sie, im gleichen Augenblick fiel auch der Sohn, durch den das Kind getötet und die Mutter schwer verletzt wurde.

Am 20. September wurden in der Nähe von Mödelheim Frauen und Kinder, die abends gegen 7 1/2 Uhr von der Arbeit auf dem Gut Mödelhof kamen, auf neutralem Gebiet von drei französischen Kavallerie angehalten. Die Franzosen suchten sich drei der jüngsten Frauen aus und schleppten sie, angeblich weil sie keine Ausweispaßere hatten, mit fort, um sie zu vergewaltigen.

In Wiesbaden wurden im demokratischen Parteibüro alle Altler über Dornen beschlagnahmt und ein Arz; verhaftet. Die beiden Saarländiner Polizeibehörden wurden aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen, weil sie entente-feindlich aufgetreten seien.

Die Frauen gegen die Gewaltakte der Entente gegen die Kriegsgefangenen.

Berlin, 17. Dez. Der Bund deutscher Frauen zur Befreiung der Gefangenen, der Bollbund zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen und die Reichsvereinigung ehemaliger Kriegsgefangener haben an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf folgendes Telegramm gerichtet:

„Das bevorstehende Weihnachtsfest wendet wieder einmal die Herzen der Menschheit dem Schicksal derjenigen zu, die noch in der Gefangenschaft sich nach Freiheit, Heimat und Familie zurückschauen.“

Namens der Angehörigen-Verbände und der Vereinigungen ehemaliger Kriegsgefangener, rufen wir an den Präsidenten des Internationalen Roten Kreuzes in Genf die herliche Bitte, für die Befreiung derjenigen Gefangenen weiter wirken zu wollen, die noch hinter dem Stacheldraht zurückgehalten werden.

In seiner Antwortnote vom 15. November 1919 hat sich Deutschland zu neuen schweren Opfern bereit erklärt, um das sofortige Inkrafttreten des Friedensvertrages zu ermöglichen.

Dieses weite Entgegenkommen räumt das letzte wirkliche Hindernis aus dem Wege, das nach Auffassung der Entente der Heimkehr der Gefangenen entgegensteht. Zeit kann es sich nur noch um Vereinbarung über Einzelheiten, um letzte Formalitäten handeln, die kein Grund für die weitere Zurückhaltung der Gefangenen sein können.

Wir bitten das Internationale Komitee vom Roten Kreuz in Genf, das so unendlich viel zur Linderung der Kriegsleiden getan hat, in diesem Augenblick seine Stimme zu erheben, damit unsere Gegner jetzt die Gefangenenlager öffnen.

Für die Kriegsgefangenen und ihre Familien wäre es die schönste Weihnachtsgabe, wenn ihnen die Kunde würde, daß das Ende ihrer Leiden gekommen ist.“

die Münze an, die er nur für eine Fortsetzung seines Traumes, für ein Trugbild hielt, das sich sofort in eitel Dunst auflösen würde.

Schon war er so nahe daß er das Goldstück erreichen konnte, noch einen Schritt, und er setzte den Fuß darauf und stürzte es durch den Boden.

„Nicht möglich!“ flüsterte er überrascht.

Mons wich zurück und ließ dem Menschen das Vorrecht. Blomberg blickte sich und hob die Münze auf. Sie war aus Gold — ein Zehnmarkenstück.

Der Schneider hatte schon manche Entdeckung in seiner kleinen Wohnung gemacht. Er hatte festgestellt, daß es so wohl Mäuse, als auch Katten und Wansen darin gab, daß die Fenster nicht fest schlossen, daß die Grube im Sommer widerlich roch — aber daß es Goldstücke regnete, das hatte er doch noch nicht erlebt.

Es mußte von der Decke heruntergefallen sein, dieses kleine Ding, darüber bestand kein Zweifel, denn es hatte ihn auf die Nase getroffen.

Und als Blomberg daraufhin die Decke genau betrachtete, fand er gerade über seinem Bett ein Loch von der Größe eines Zehnmarkenstückes.

So, so — also daher war die Münze gekommen! Aber wie?

Grübelnd setzte sich der Schneider auf das Bett; er mußte es herausbringen.

Auf einmal fiel ihm ein, daß ja die Diebesbande ihr Versteck gerade dort gehabt hatte, wo das Loch war. Er erinnerte sich, daß er da droben eine Maus hatte pfeifen hören, ehe er eingeschlafen war. Diese Maus und das Goldstück standen wahrscheinlich in einer gewissen Verbindung. Vielleicht befand sich noch mehr Geld in dem verbotenen Raum — eine ganze Menge, die die Polizei nicht entdeckt hätte.

Jetzt galt es nur, eine Gelegenheit abzupassen, um die Gänge genauer zu untersuchen. Und während er noch eine Weile so dach und zu dem geheimnisvollen, schwarzen Loch hinaufstarrte, trift sein Plan.

Deutsche Nationalversammlung.

228. Berlin, 18. Dezember.

Präsident Rehrenbach eröffnet 10.20 die Sitzung.

Auf der Tagesordnung stehen die Interpellationen Arnstaedt betr. die Wirtschafts- und Steuerpolitik, sowie das unablässige ungeheure Steigen der Preise und betr. Ein- und Ausfuhr.

Reichsfinanzminister Erzberger erklärt, daß die Regierung bereit sei, die Interpellationen zu beantworten.

Abg. Trimbata (Str.): Ich bitte das hohe Haus, schon jetzt entscheiden zu wollen, ob und wann die Interpellationen behandelt werden sollen. Eine ruhige, sachliche und gründliche Erörterung ist bei der Geschäftslage des Hauses unmöglich. Es macht einen merkwürdigen Eindruck, wenn Sie angesichts der Beratung des Betriebsrätegesetzes auf dieser Besprechung bestehen.

Abg. Lbbe (Soz.) wünscht ebenfalls eine Entscheidung darüber, ob die Interpellationen behandelt werden sollen. Es ist eine Monotonie der Reden, diese Interpellationen jetzt einzubringen, welche die schwersten Angriffe gegen die Regierung enthalten. (Zurm rechts.) Es ist ein Überfluß. Sie haben mit den Interpellationen im Hinterhalt gelegen. (Widerpruch und Zurm rechts, Beifall bei der Mehrheit.)

Abg. Radnische (Dem.): Die Einbringung widerspricht allen Verabredungen. Wir müssen aber morgen verhandeln.

Abg. Schütz-Bromberg (D.-Nl.): Wir haben von einem der meisten schmalen Rechte der Opposition Gebrauch gemacht, indem wir die Interpellationen einbrachten. Wir haben darauf, daß wir morgen die Interpellationen erleben (Beifall rechts.) Den Vorwurf der Unloyalität weisen wir auf das entscheidende und schärfste zurück.

Abg. Dr. Feinze (D. V.): Wir waren nicht loyal. (Widerpruch bei der Mehrheit.) Die Interpellationen sind erst in der letzten Tagen entworfen worden und dem Sturm der Entrüstung, der sich im Lande gegen die Politik der Regierung bemerkbar macht (Bestimmung rechts und Widerspruch links.) Das Betriebsrätegesetz hat noch Zeit. (Beifall und Zurm bei der Mehrheit.)

Bei der Abstimmung erhebt sich eine Mehrheit dafür, daß die Interpellationen morgen behandelt werden sollen.

Die Erteilung der Genehmigung zur Straßerfolgung des Abg. Fraj wegen Beleidigung wird verworfen.

Der Wechsentwurf gegen das Glücksspiel wird in allen drei Lesungen ohne Aussprache angenommen.

Der Rollenwechsel zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten und das am 22. September in Versailles unterzeichneten Protokoll über Artikel 61 der Verfassung wird in allen drei Lesungen erledigt.

Das Gesetz betr. die Sozialisierung der Elektrizität wird in dritter Lesung angenommen.

Ein Nachtrag zum Etat 1919 wird ebenfalls in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die Beratung des Umsatzersteuergesetzes.

Das Gesetz wird ohne längere Debatte angenommen.

Präsident Rehrenbach: Alle Parteien des Hauses sind darin einig, daß wir nicht in die Ferien gehen wollen ohne eine Kundgebung für unsere Gefangenen. (Alle Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.)

Die Nationalversammlung nimmt mit diesem Schmerzenskenntnis davon, daß fast eine halbe Million deutscher Brüder noch immer ihrer Befreiung aus der Gefangenschaft harren. Der größte Teil wird in Frankreich zurückgehalten, aber auch England hat noch nicht alle herausgegeben. Deutschland hat alle seine Gefangenen zurückgeschickt; die zurückgebliebenen Russen nur nicht, weil es unmöglich war. Die Nationalversammlung fühlt und leidet mit den unglücklichen Gefangenen, sowie mit ihren Eltern, Brüdern und Kindern, die jetzt zu Weihnachten in besonders tiefer Sehnsucht ihrer fernem Lieben gedenken. Sie wendet sich an die Neutralen mit heiligem Dank für ihre bisherige Tätigkeit. Sie wendet sich auch an die Frauen und Männer in den bisherigen feindlichen Ländern, die sich ein menschlich fühlendes Herz bewahrt haben, daß sie heute ihre Stimme erheben zu dem Rufe: Schafft den Frauen und Kindern ihre Väter, den geübten Eltern ihre Söhne wieder! (Bravo!)

Dieses Wort zu dieser Kundgebung wird nicht gewünscht. Sie haben sich zur Ehre der Gefangenen von Ihren Sitzen erhoben. Ich danke Ihnen und stelle die ermunternde Annahme dieser Entschließung durch die Nationalversammlung fest. (Beifall.)

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr: Tagesordnung: Anfragen die zwei Interpellationen Arnstaedt.

Schluß 12 Uhr mittags.

Die Werbung.

Es war frühe am Morgen. Meister Grau saß auf seinem Lieblingsplatz am Eingang zur Wohnung, während Madame auf dem Rand ihres Bettes Toilette machte.

Ihre zwölf grauen Kinder lagen in süßem Schlummer; es war eine große Seltenheit, daß sie alle auf einmal Ruhe gaben. Auch bis zu diesem Augenblick hatten sie gepfiffen und gewinkelt, so daß man kein Wort verlieren konnte.

Meister Grau war auf dem Sprung, einen kleinen Wettbewerb wegen seines Frühstücks zu unternehmen.

„Ich glaube, ich mache jetzt einen Morgenpostgang“, bemerkte er.

„Und ich glaube, du bleibst jetzt da“, entgegnete die Madame in bestimmtem Ton. „Wenn die Kinder endlich stille sind, werde ich mir wahrhaftig ein wenig Bewegung machen dürfen.“

„Entschändige“, sagte Meister Grau gekränkt — „ich dachte, ich sei der Mann im Hause.“

„Aber ich bin die Frau“, erklärte sie — — „und jetzt gehe ich.“

Meister Grau war starr vor Verwunderung. So hatte seine Frau früher nie mit ihm zu reden gewagt. Aber während er noch kaum seinen Ohren traute, bekamen auch seine Augen ihren Teil von der Ueberraschung, denn die Madame schlüpfte bedehnde an ihm vorbei und verschwand draußen im Gang.

Natürlich wollte dadurch eines der Kinder auf, und sobald das eine nach war, kamen die andern nach. Meister Grau gab ihnen ein paar kräftige Klaps; er war sehr erbost, fühlte sich in seiner Würde als Hausvater gekränkt, und das hatten die Kleinen zu büßen. Sein Horn mußte sich Luft machen.

Indessen war Madame Grau zu den öden Gängen gelaufen. Sie wollte sich davon überzeugen, ob das wahr sei, was ihr Mann am Tage vorher von seiner Erlebnisreise erzählt hatte. Er hatte ein Stüchchen geränderter Wurst als Beweis der Herrlichkeiten mitgebracht, die sich in jener neu entdeckten Kammer befanden, und die wollte sie auch gründlich kosten. (Fortsetzung folgt.)

Nr. 296
Auf d...
tische Log...
mit den...
interressi...
der Konj...
der Erde...
Ent...
Bürgerun...
spielte, fe...
organisiert...
haben. Die...
wie die M...
die mon...
Redner u...
selben U...
Geldsac...
sehen. U...
Gruppen...
teiliges d...
den, daß...
wissentlic...
mit Schlo...
der Idee...
jariats zu...
stüben un...
Sozialism...
Anie mit...
zu und z...
demokrat...
nicht auf...
können wi...
räumen...
ber Vertu...
lung zum...
schaffliche...
Etat zu...
selbst we...
Stellu...
Noe fußt...
Kontin...
auf gro...
eine er...
kismus b...
Die...
nichts al...
dieser g...
Im...
pahl Wa...
die durch...
ischen Br...
den neu...
die neue...
katorische...
Kaufm...
partei G...
wohl...
instimm...
haltung...
abenteur...
kreppen...
Die...
Müllheir...
Gen. S...
ber Zwei...
lichen Ve...
nierung...
schließe...
gefordert...
Parteien...
merkent...
Ein...
tagewah...
len best...
Konfere...
pl d. o...
ber Gen...
kannt...
stigelei...
werde, e...
der Bla...
Der...
teifreun...
nabertja...
gierungs...
tropisch...
Bloh e...
nen h...
sen, d...
Kommun...
eine...
biog n...
auch...
g a n...
fest, B...
die io...
als 1...
Regie...
Lände...
Zante...
lebt n...
est g...
ie fall...
als 1...
Schiff...
sprich...
seine...
die h...
meie...
rusfii...
notwe...
Rände...
und...
Anf...
leiber...
Ro...
ter an...
falle h...

Aus der Partei.

Bemerkenswert.

Auf der Konferenz der Parteigenossen des Bezirks Heidelberg sprach Genosse Dr. Kraus über die politische Lage. Genosse Dr. Kraus hatte eifrig die Einigung mit den Unabhängigen propagiert und der Resolutionsaktion der Freiburger Genossen zugestimmt. Da ist es nun interessant zu vernehmen, was Genosse Kraus jetzt auf der Konferenz gesagt hat. Wir zitieren nach dem Bericht der Heidelberger „Volkszeitung“:

Enttäuscht von der Revolution war das gesamte Bürgertum, das schon im Reichstag eine so wichtige Rolle spielte, ferner die Arbeitermassen, die vor der Revolution nicht organisiert waren und dem Sozialismus nichts verstanden haben. Wenn wir die politische Lage beurteilen wollen, müssen wir die Parteigruppierungen ansehen. Auf der einen Seite die monarchische Reaktion, von dieser Seite sieht der Gegner nicht die größte Gefahr. Sie werden bei der Masse keinen Anhang finden, nur bei Leuten die Angst um ihren Geldsack haben, die in der heutigen Regierung alles Ansehen haben. Anders ist unsere Stellungnahme zu den linken Gruppen. Diese muß man vom Gesichtspunkt des linken Parteitag der U.S.R. aus betrachten. Da muß festgestellt werden, daß er an Unklarheiten alles bisherige übertraf. Der wissenschaftlichen Boden haben sie verlassen und sie kauften sich Schlüsselschlüssel. Die radikalen Elemente ließen sich von der Idee: Diktatur der Proletariate. Die Schulung des Proletariats zur Diktatur. Dieser Weg ist für uns ungangbar. Wir stehen uns auf die Demokratie, mit Hilfe dieser wollen wir zum Sozialismus kommen. Neben Terror verwerfen wir. Unsere Linie mit den Unabhängigen ist gesogen, wir haben aber demnach die Zukunft, daß der besonnene Teil der U.S.R. den Weg zu uns zurückfinden wird. Mit der heutigen Koalitionsdemokratie müssen wir zusammenarbeiten, um was als Partei nicht aufzugeben. Bei kluger und tatkräftiger Anwendung können wir uns zu gemeinsamen Arbeit finden. Unsere Forderungen werden weiter nach links bestehen in einer Demokratisierung der Verwaltungen, der Einmischung unserer Partei. Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen hängen so eng mit dem Staat zusammen, daß wir um dessen Bestand eintreten müssen, selbst wenn er noch kapitalistisch ist. So ist unsere Stellung auch nach links ganz klar. Unsere soziale Idee fußt auf der organischen Entwicklung. Wir werden unsere Position von innen heraus ausbauen. Die Revolution hat uns auch große Erfolge gebracht. Auch die Betriebsräte sind eine Ergründung. Wenn dieses alles noch kein Stück Sozialismus bedeutet, so ist es aber doch ein Stück näher gerückt. Diese Rede des Genossen Kraus klingt ganz anders als die förmlich ausgelesene Phrase, daß das Proletariat nichts als seine Ketten zu verlieren habe. Wir freuen uns dieser gefunden Entwicklung am Bedarfsrande.

Wahlkreis-Konferenzen.

Im badischen Oberland fanden die letzten Tage eine Anzahl Wahlkreis-Konferenzen unserer Parteigruppierungen statt, die durchweg gut besucht waren, obgleich infolge der sonntäglichen Verkehrsperre die Konferenzen an Werktagen stattfinden mußten. Beratungsgegenstände waren jeweils der durch die neuen Bezirks- und Kreisinteilung notwendige organisierte Um- und Neuaufbau der Organisationen und der künftigen Reichstagswahlen. Im ehemaligen 5. bad. Reichstagswahlkreis sprach über den Neuaufbau der Gesamtpartei H. Strohbel-Mannheim, über die Reichstagswahlen Gen. Meyer-Freiburg. Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen: Die Kreis-Konferenz fordert Festhaltung und förmliche Bekräftigung der Schulungen am Volkstum, sofortige Auflösung und Entlassung der Volkstumskonten und Offiziere.

Die Wahlkreis-Konferenz für die Amtsbezirke Schönau, St. Blasien, Waldsüß, Säckingen, Schopfheim, Lörrach und Müllheim war von 19 Delegierten besucht. Auch hier referierte Gen. Strohbel. In einer Resolution wurde eine Verschärfung der Branngewerbesteuer in allen der Ernährung und dem täglichen Verbrauch dienenden Produkten und vollständige Nationalisierung derselben verlangt, weiter Ausbau des Kautschuk- und Holzhandels werden unsere Parteigenossen in der Regierung aufzufordern, aus der Regierung auszutreten, wenn die förmlichen Parteien nicht gewillt sein sollten, diese Forderungen anzuerkennen.

Eine Konferenz für den ehemaligen 1. badischen Reichstagswahlkreis fand in Singen statt und war von 42 Delegierten besucht. Vom Landesvorstand nahm Gen. Sahn an der Konferenz teil. Zum Parteisekretär wurde Gen. Reinhold Singen gewählt. Im allgemeinen wurde die Tätigkeit der Genossen in der Regierung wie in den Parlamenten anerkannt. Bezüglich des geplanten Presseunternehmens wurde mitgeteilt, daß die Lösung dieser Sache mit Energie betrieben werde, es ist schon ein Betrag von 100.000 M vorhanden, so daß der Plan eines eigenen Blattes bald verwirklicht werden wird.

Badische Politik.

Gegen überflüssige Kleinmarterei.

Der „Badische Beobachter“ weist auf eine Rede seines Parteifreundes, Herrn Abg. Dr. Behner, in der Deutschen Nationalversammlung hin, in der sich dieser gegen den allzu großen Regierungsapparat in den deutschen Ländern wie folgt wandte:

Ich bin der Meinung, daß wir vor allem an einer Organisation von beherrschenden Organisationen leiden. Und nicht bloß einen übermäßigen Apparat an beherrschenden Organisationen haben wir, sondern wir haben uns auch dahin führen lassen, daß wir von parlamentarischen Beiräten, Ausschüssen, Kommissionen, von allen möglichen beratenden Organisationen einen weitgehenden Gebrauch gemacht haben. Ich rede nicht bloß von der Hypertrophie der Einrichtungen im Reich, ich rede auch von der Hypertrophie, von dem Neosozialismus von Organisationen in den Einzelstaaten. Es ist nicht so, daß wir, eingerechnet die Minister ohne Portefeuille und die sogenannten Staatsräte im Deutschen Reich nicht weniger als 168 Minister haben. Ich rede aber nicht bloß von den Regierungen, ich rede auch von den Parlamenten, der Länder und bin der Meinung, daß auch da geparrt werden konnte. Die Parlamente der Länder haben sich besetzt mit nicht klugem, das die Länder, so, wie die Dinge jetzt noch nicht klugem, eigentlich keine Staaten mehr sind, daß sie ja fast gar keine gesetzgebenden Kompetenzen mehr haben, daß sie auch im Gebiete der Verwaltung vielfach nicht mehr die Selbständigkeit haben, die sie früher gehabt haben. Man spricht vielfach von Dingen, über die zu beschließen man gar keine Befugnis hat und sehr häufig behandelt man die Dinge, die hier in der Deutschen Nationalversammlung aufzubereitete Weise in den Einzelstaaten. Das ist nicht notwendig. Ich bin der Meinung, daß die Parlamente der Länder in dieser Beziehung einmal das Gewissen erzwingen und dazu kommen sollten, ihre Tätigkeit einzuschränken. Das Ansehen der Parlamente und ihr Gewicht würde dadurch nicht leiden.

Mag man auch über einzelne Wendungen des Herrn Behner anderer Ansicht sein als er, so muß man es doch auf alle Fälle bedauern, daß Herr Behner, der ja dem antilichen Ab-

geordnetenscheidnis nach wenigstens, noch Mitglied des badischen Landtages ist, nicht Gelegenheit hatte, den letzten Landtags- tagen beiwohnen. Eine schlafartige Erwiderung gab ihm übrigens auf seine Rede Reichsfinanzminister Erberg, indem er bemerkte:

„Wenn der Herr Abgeordnete Behner sich über die 168 Minister, welche in Deutschland regieren und über die mehrere hundert, ja vielleicht zweitausend Parlamentarier, die in Deutschland mitregieren, geäußert hat, so kann ich die'n Ausführungen von Herzen zustimmen, und ich kann nur wünschen, daß in allen Teilen des Reiches die Konsequenzen aus diesen Darlegungen des Herrn Abgeordneten Behner gezogen werden möchten. Mit ihm stehe ich auf dem Standpunkt, daß man hier nicht nur Klagen vorzubringen hat, sondern auch die Konsequenzen aus diesen Tatsachen zu ziehen haben wird.“

Auf das weitere Echo der Ausführungen der Herren Behner und Erberg insbesondere aus dem Kreise ihrer Parteifreunde darf man gespannt sein.

Zum Kapitel Kohlenfrage schreibt ein Arbeiter aus der Hauptwerkstätte Karlsruhe: Wir alle sind überzeugt, daß die Kohlennot eine gewaltige ist und eine Katastrophe zu werden droht. Daß unsere Regierung dem ist, die Not zu beseitigen oder wenigstens herabzumindern, soll nicht geleugnet werden. Wir sehen täglich das Bemühen der Regierung, Kohlen für die Eisenbahn herbeizuschaffen, damit der Verkehr auch nur einigermaßen aufrecht erhalten werden kann. Unsere Regierung hat sich sogar Kohlen gepumpt. 20 Waggons Kohlen hat die badische Eisenbahnverwaltung nicht etwa aus dem Ruhrgebiet oder gar aus der Saarregion geliefert, nein — aus dem benachbarten Württemberg. Das ist gut und recht und zeigt uns, daß unsere Nachbarn uns auch in der Stunde der Gefahr nicht im Stich lassen. Für den Ausführenden aber drängt sich die Frage auf: wie ist es möglich, daß Württemberg, das ebenfalls im Besitz von Gruben ist, wie Baden, ein derartig Quarantäne Kohlen leihweise abgibt? Kann? Da muß man doch unwillkürlich fragen: Wird Württemberg etwa besser beschickt als Baden? Wenn ja, so sind das ja prächtige Ausschüßel auf die kommende Berechtigung. Wir badener meinen aber, wir wären lange genug benachteiligt worden und hätten lange genug als eine preußische Provinz agiert, daß man uns nun endlich Gleichberechtigung mit den übrigen Freistaaten gewähren könnte. Es ist Pflicht der Regierung und des Landtages, alles daran zu setzen, um diese Gleichberechtigung zu erreichen. Keine Bevorzugung Einzelner, sondern Gleichberechtigung für alle Bundesstaaten. Das muß die Lösung sein.

Eine Erweiterung des Fahrplans unmöglich. Von zentraler Seite wird uns geschrieben: In letzter Zeit geben bei der Generaldirektion der Staatsbahnen zahlreiche Anträge ein, in denen die Einlegung weiterer Rüge für den Arbeiter-, Schüler- und Berufsverkehr und die Verteilung, lehrer Zugverbindungen durch die Führung weiterer Schnellzüge verlangt wird. Bei der durch die Unruhen in Württemberg und dem schlechten Zustand der Betriebsmittel immer schwieriger gewordenen Betriebslage, dem außerordentlich gesteigerten Güterverkehr, dem großen Mangel an betriebstüchtigen Lokomotiven und dem andauernden Kohlenmangel ist die badische Staatsbahn außer Stande, diesen Anträgen zu entsprechen. Die durch die Einschränkung des Personenverkehrs freigemachten Lokomotiven müssen restlos im Güterdienst betriebsfähig werden, um die Versorgung der Allgemeinheit mit den unbedingt notwendigen Lebensmitteln und die Versorgung der Kohlen- und Holzstoffe usw. einigermaßen sicher zu stellen. Unter den jetzigen Verhältnissen stellen die im Fahrplan vorgesehenen Rüge das äußerste dar, was von der Eisenbahnverwaltung für den Personenverkehr geleistet werden kann. Anträge auf Erweiterung des Fahrplans haben daher keine Aussicht auf Erfüllung.

Beamtenwünsche. Eine große Versammlung der Beamten- und Lehrervereine des Heidelberger Bezirks befaßte sich mit der wirtschaftlichen Lage der Beamten und forderte in einer Entschiedenheit den endlichen Abbau der Preise und eine nach einheitlichen Grundätzen durchgeführte Neuregelung der Besoldungsverhältnisse ab 1. April 1920. Ebenso soll die Alters- und Hinterbliebenenversorgung einer Neuregelung unterzogen werden. Falls die Regierung den Beamten gegenüber ihre Pflicht nicht erfüllt, lehne die Beamtenchaft jegliche Verantwortung für die sich hieraus ergebende Lage ab.

Soziale Rundschau.

6. Vertreterversammlung der Landesgruppe Baden des Hilfsbundes der Elter-Vollbringer.

Unter dem Vorsitz 13 Mitglieder des Elter-Vollbringenden Beirates beim Reichsministerium des Innern Albert Wengert-Freiburg hielt am letzten Sonntag die Landesgruppe Baden des Hilfsbundes der Elter-Vollbringer im großen Rathssaal in Karlsruhe ihre 6. Vertreterversammlung ab. Der Hilfsbund hat Ortsgruppen in Karlsruhe, Schopfheim, Lörrach, Waldsüß, Säckingen, Freiburg, Emmendingen, Waldsüß, Müllheim, Mannheim, Heidelberg, Wolfach und Nern, in denen 10.000 Mitglieder organisiert sind. Von den meisten Ortsgruppen waren Vertreter erschienen, das Ministerium des Innern war durch Freiherrn von Gemmingen vertreten, das Arbeitsministerium durch Ministerialrat Jung, die Stadt Karlsruhe durch Bürgermeister Postmann.

Neben das Entschädigungsgesetz berichtete Herr Wengert. Danach hat die Reichsregierung ein Entschädigungsgesetz für Elter-Vollbringer in Aussicht gestellt, später aber diese Aussicht fallen lassen und den Plan gefaßt, die Entschädigungsfrage mit der Entschädigungsangelegenheit der Auslandsdeutschen zu behandeln. Gegen dieses Vorhaben protestierte der Vertretertag am Anschließ an die Verabschiedung in Kassel. Man hofft, daß die Reichsregierung doch noch ein besonderes Entschädigungsgesetz für Elter-Vollbringer bringt. Weiter wurde von der Versammlung die Fürsorgeangelegenheit in Baden besprochen und dabei anerkannt, daß sie die bestorganisierte in Deutschland ist. Einzelne Fälle, in denen die Fürsorge verlagert hat, sind auf eine unbegreifliche Verantwortungslosigkeit örtlicher Stellen zurückzuführen. In einer Entschädigungsfrage stellte sich die Versammlung in der Entschädigungsfrage auf den Standpunkt des Beirates in Kassel. Beschlossen wurde, zu fordern, daß die Landesgruppe wieder in die Lage versetzt werde, Tarife bis zu 1000 M zu gewähren. Weiter beschäftigte sich die Versammlung noch mit der Wohnungsfrage und verschiedenen Organisationsangelegenheiten.

Eine badische Landesorganisation für die Wiener Kinderhilfe. Der Arbeitsausschuß für Heidelberger Hilfe für Wiener Kinder beschloß, dem „Heidelberger Tageblatt“ zufolge, die Schaffung einer badischen Landesorganisation. Sie stützt sich auf das Landeskommissariat und hat zu Vororten Heidelberg, Freiburg, Karlsruhe und Konstanz. Die Regelung der Transportsfrage hat die Karlsruhe-Organisation übernommen. Die endgültigen Bedingungen für die Aufnahme von Kindern sehen folgendes vor: daß die Kinder die deutsche Muttersprache sprechen, über 6 Jahre alt sind, ärztlich untersucht und mit Kleidung und Schuhezeug versehen sein sollen. Die Mannheimer Geldspende (Mannheim nimmt keine Kinder auf) soll dem ganzen Lande insofern zugute kommen, als sie in erster Linie zur Verteilung der Kosten für eine Unfall- und Krankenversicherung

der Wiener Kinder dienen soll. In Baden können bis jetzt etwa 2400 Wiener Kinder untergebracht werden.

Zusammenschluß sozialhygienischer Bestrebungen. Die seit dem Jahre 1908 bestehende Propagandagesellschaft für Mutter- schaftversicherung, Elter-Karlsruhe, welche unermüdet für den Ausbau der staatlichen Mutterfürsorge eingetreten ist und beachtenswerte Erfolge aufzuweisen hat, hielt am 13. ds. Mts. eine Generalversammlung ab, in welcher mit Zustimmung aller anwesenden Mitglieder beschlossen wurde die Gesellschaft aufzulösen und die weiteren Arbeiten für den Ausbau der Mutter- schaftversicherung der bad. Gesellschaft für soziale Hygiene zu übertragen. Der letzteren Gesellschaft wurde auch das gesamte Vermögen und Inventar der Propagandagesellschaft überwiefen.

Teuerungszulagen im Buchdruckgewerbe. In der letzten Woche stattgefundenen Tarifausschussung des Buchdruck- gewerks wurden folgende neue Teuerungszulagen gewährt: Ab 15. Dezember ist allen Gehilfen in Orten bis zu 5 Prozent Lohnzuschlag eine neue Teuerungszulage von 20 M wöchentlich, an allen übrigen Orten eine solche von 25 M wöchentlich zu bezahlen. Außerdem wurde festgesetzt, daß alle Gehilfen, die am 12. Dezember d. J. einen Wochenverdienst über dem tariflichen Minimum bezogen haben, je nach der Höhe ihres Wochenverdienstes noch eine besondere Aufbesserung von 1-3 M erhalten. Damit soll die durch die Staffelung der bisherigen Teuerungszulagen erfolgte Benachteiligung der über Minimum Entlohnenden wieder gut gemacht werden. Die Berechnungen gelten bis zum 31. März 1920 mit einer Kündigungsfrist von einem Monat. Die gegenseitig geforderte einmalige Beschäftigungszulage fand keine Annahme.

Gerichtszeitung.

Die Neuluhheimer Tabakrevolte vom 7. Mai, über die bereits vor dem Schwurgericht in Mannheim verhandelt wurde, kam noch vor die Strafkammer, vor der sich 9 Angeklagte wegen Aufruhr, Verstrickungsbruchs, Hehlerei und unerlaubten Tabakhandels zu verantworten hatten. Unter den Angeklagten befand sich auch der Landwirt H. G. a. m. n., der a. Z. der An- ruhenden Bürgermeister der Gemeinde Neuluhheim war. Wie die Gerichten bekannt gewesen sein, soll gerade er an der Aufregung bei der Menge schuld gewesen sein. Er soll gesagt haben, die Gerichten sollen besser bei den Großen, als bei den Kleinen nach- schauen, man müsse Spartaft werden usw. Das Gericht sprach den Aufruhrmeister und zwei weitere Angeklagte wegen Aufruhr, Verstrickungsbruchs, Hehlerei und unerlaubten Tabakhandels zu verurteilen. Unter den Angeklagten befand sich auch der Landwirt H. G. a. m. n., der a. Z. der An- ruhenden Bürgermeister der Gemeinde Neuluhheim war. Wie die Gerichten bekannt gewesen sein, soll gerade er an der Aufregung bei der Menge schuld gewesen sein. Er soll gesagt haben, die Gerichten sollen besser bei den Großen, als bei den Kleinen nach- schauen, man müsse Spartaft werden usw. Das Gericht sprach den Aufruhrmeister und zwei weitere Angeklagte wegen Aufruhr, Verstrickungsbruchs, Hehlerei und unerlaubten Tabakhandels zu verurteilen. Unter den Angeklagten befand sich auch der Landwirt H. G. a. m. n., der a. Z. der An- ruhenden Bürgermeister der Gemeinde Neuluhheim war. Wie die Gerichten bekannt gewesen sein, soll gerade er an der Aufregung bei der Menge schuld gewesen sein. Er soll gesagt haben, die Gerichten sollen besser bei den Großen, als bei den Kleinen nach- schauen, man müsse Spartaft werden usw. Das Gericht sprach den Aufruhrmeister und zwei weitere Angeklagte wegen Aufruhr, Verstrickungsbruchs, Hehlerei und unerlaubten Tabakhandels zu verurteilen.

Ganz gelassene Strafen sprach das Schöffengericht Kon- stanz in seiner letzten Sitzung wegen Schwarzschlächterei aus. Auf der Anklagebank saßen zwei Landwirte, ein Metzger und ein Fuhrhalter, die die Schwarzschlachtung von zwei Kälbern, einer Kuh und einem Schen vorgenommen oder begünstigt hatten. Der Metzger wurde zu 6 Monaten, der Landwirt Schmet- der von Seiten der Staatsanwaltschaft zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Außerdem erhielt jeder der Angeklagten 100 M Geld- strafe und der Erlös des beschlagnahmten Fleisches und der Häute von etwa 3000 M sowie ein Wagen und ein Pferd beschlagnahmt.

Gewerkschaftliche Streitfragen vor dem Schöffengericht. Der Streit bei Brown, Boverie u. Co. in Mannheim in Folge einer außerordentlichen Schöffengerichtssitzung ein Nachspiel. Ange- klagt waren 10 fremdgesellschaftlich organisierte Arbeiter. Es handelte sich um die Differenzen der fremdgesellschaftlichen Arbeiter mit den christlich organisierten, in deren Verlauf von den fremdgesellschaftlichen verschiedene Meinungen getaht wurden, die die Staatsanwaltschaft als Nötigung ansah, da man die christl. Arbeiter gezwungen hatte, die Arbeit niederzuliegen, wenn sie nicht in den Metallarbeiterverband eintreten. Vier Angeklagte wurden zu Geldstrafen von 100, 50 und 30 Mark verurteilt, die übrigen wurden freigesprochen.

Letzte Nachrichten.

Berlin, 19. Dez. Das gestern angenommene Gesetz gegen das Glücksspiel ersetzt den bisherigen § 384 des Strafgesetzbuches durch folgende Bestimmungen: Wer ohne besondere Erlaubnis öffentliche Glücksspiele veranstaltet, oder Sätze, oder Einrichtungen hierzu bereit hält, wird mit Gefängnis bis zu 2 Jahren und mit Geldstrafe bis zu 100.000 M oder mit Geldstrafe bis zu dem gleichen Betrage bestraft. Als öffentlich veranaltete Glücksspiele gelten auch Glücksspiele in Vereinen oder geschlossenen Gesellschaften, in denen Glücksspiele gewöhnlich veranaltete werden.

Zur Hilfe für Kinder. Genf, 19. Dez. Unter dem Patronat des internationalen Komitees des Roten Kreuzes, das als Schatzverwalter wirkt, ist ein Zentralverband zur Hilfeleistung gegründet worden. Ziel des Verbandes ist die Sammlung eines internationalen Fonds zum Zwecke der Errettung 8% Millionen europäischer Kinder. Der erste Betrag wird das Ergebnis der von den Kindern am 28. Dezember 1919, dem Feste der Unschuldigen Kinder, veran- stalteten Kollekte sein.

Streik im belgischen Kohlenbecken. Brüssel, 19. Dez. „Independence Belge“ meldet, daß im Kohlenbecken von Charleroi und der Vorinage der Streik der Bergleute an Ausdehnung gewinnt, die die belgische Indus- trie gefährdet. Das gleiche Blatt meldet, daß das Walzwerk und die Hochöfen von Louvain die Oefen ausgeben lassen mußten infolge des herrschenden Kohlenmangels.

Speisung der Abgeordneten durch die Volksküche. Berlin, 19. Dez. Wie die „B. Z.“ am Mittag“ mitteilt, ist der Beschluß der Berliner Gastronomen, den Küchenbetrieb auf zwei Tage zu schließen, von den großen Unternehmungen (sowohl Hotels wie auch Restaurants und Konditorien) streng durchgeführt worden. Nur wenige kleine Wirtschaften im Osten und Norden beruhen offen zu halten. Die Bahnhofsrestaurants sind zwar geöffnet, gehen aber an die Reisenden nur Kaffee ab. Für die heutige Sitzung der Nationalversammlung sind von der Volksküche ungefähr 300 Gedecke bereit gestellt worden. Von den Fremden in den Hotels sollen mehrere zum Mittagessen nach Potsdam und noch weiter gefahren sein.

Aus dem Lande.

Freiburg, 17. Dez. Ein vor wenigen Tagen wegen Amts- unterdrückung in Höhe von 100.000 M verhafteter Strafanwalt- inspektor aus Brandenburg a. S. hat sich im hiesigen Amtsge- fängnis erhängt.

Lörrach, 18. Dez. Schweizer Blätter melden, daß infolge Erschöpfung des von der französischen Regierung gewährten Kredits die Hofenbauarbeiten bei Sünningen eingestellt und die Arbeiter entlassen worden sind.

Waldsüß, 17. Dez. In der Grenze blüht augenblicklich besonders der Pferdehummel. Mehrfach konnten Pferde be- schlagnahmt werden, die nach der Schweiz verbracht werden soll- ten. In einem Falle ließ ein Schmuggler zwei Pferde im Stau und flüchtete.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 19. Dezember.

Millionenschwindel durch Zahlkarten-Fälschungen beim Postfachamt Karlsruhe.

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist man im Lauf der letzten Monate beim Postfachamt in Karlsruhe einem ganz unerhörten, groß angelegten Schwindel mit gefälschten und offenbar eingeschmuggelten Zahlkarten auf die Spur gekommen. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ behauptet, beläuft sich der Gesamtbetrag, auf welchen sich die gefälschten Zahlkarten belaufen, auf etwa 1 111 000 Mark. Die Zahlkarten waren, sobald man hörte, in ziemlicher Anzahl an ein Postfachkonto beim Postfachamt Karlsruhe gerichtet und lauteten im einzelnen durchschnittlich auf hohe Beträge von circa 20 000—30 000 Mark. Eine ziemlich Anzahl der Fälschkarte trug auch Aufgabestempel und die sonstigen Zeichen von württembergischen Postorten. Der Fälscher oder einer seiner Mitarbeiter scheint erst nach einiger Zeit bei der Abhebung der Beträge abgefaßt worden zu sein, so daß sich der Schaden der Postkasse nur auf etwa eine halbe Million Mark belaufen dürfte. Eine gewisse Rolle bei der Untersuchung, die sich auch auf Württemberg und damit nacheinander auf weitere Kreise Süddeutschlands erstreckt, scheint der Name eines norddeutschen Armeekorpsdirektors oder Inspektors zu spielen, weshalb die Untersuchung auch Rücksprache mit dem zahlreichen ehemaligen Feldpostpersonal zu nehmen sich genötigt sehen soll. Winkenswert wäre, daß endlich einmal völlige Klarheit in dieser Sache geschaffen werden könnte.

Umgang des Gewerkschaftsartikels.

Dr. Das Gewerkschaftsartikell Karlsruhe hielt am 11. ds. Mts. im „Rheinischen“ eine Volksversammlung ab mit folgender Tagesordnung: 1. Mitteilungen, 2. Bekämpfung des Schleichhandels und Lebensmittelversorgung. Die Wohnungsfrage in der Stadt Karlsruhe. Nach Bekanntgabe von Eingängen durch den Vorsitzenden und allgemeinen Aussprache über die Einkommensteuer stand der zweite Punkt zur Beratung und teilten sich in das Referat die Kollegen Erb, Sipp und Brull. Kollege Erb berichtete über die Organisation des Landespreiskamers und des Preisprüferamtes und hob dessen fruchtbringende Tätigkeit hervor. Bei der Bekämpfung des Schleichhandels müsse ein Unterschied gemacht werden zwischen Schleichverkauf und Schleichhandel. Wenn heute das Preisprüferamt keine reifliche Anerkennung

fände bei der Bekämpfung des Buhers und der Doppelverrechnung, so müsse man doch die Frage aufwerfen, ob denn jeder Volksgenosse die Verordnungen so respektiere, wie man es verlangen müsse. Hier wäre zuerst der Hebel anzulegen. Kollege Sipp verbreitete sich über die Nahrungsmittelversorgung der Stadt Karlsruhe und war aus seinen Ausführungen zu entnehmen, daß wir bis zum Frühjahr der Zeit entwachsend mit Lebensmitteln versorgt sind mit Ausnahme der Kartoffeln. Hier schiebt er die Schuld dem Umstand zu, daß es in diesem Jahre den Kommunalverbänden nicht erlaubt war, Kartoffeln anzukaufen. Nachdem dieses Verbot gefallen, erhoffe er eine Besserung bezüglich der Kartoffelversorgung. Da die Lebensmittel zu teuren Preisen abgegeben werden müssen, holte er eine Herabsetzung des Preisminimums für unbedingt notwendig. Kollege Brull tritt in seinen Ausführungen für eine gründliche Planwirtschaft ein, so wie sie der Genosse Biffel proklamiert habe und leider habe dieser Vorschlag viel zu wenig Verständnis gefunden zum Schaden unserer ganzen Volkswirtschaft. Nach äußerst reger Diskussion wurde folgende Entschließung angenommen:

Das Vorortrat der freien Gewerkschaften Badens fordert angesichts der ersten Lage unserer Lebensmittelversorgung von der badischen Regierung dringend energische Maßnahmen zur Sicherstellung unserer Volksernährung. Zunächst müssen die städtischen Verbraucher mit aller Entschiedenheit verlangen, daß die Regierung der Kartoffelversorgung erhöhte Aufmerksamkeit zuwenden und gegebenenfalls, wenn trotz aller Bemühungen nicht ausreichend Kartoffeln gegeben werden können, dafür Sorge trägt, daß Hülsenfrüchte, Weizen und andere hochwertige Nahrungsmittel zu entsprechenden Preisen abgeben werden. Wir fordern weiter, nachdem die Maßnahmen der Regierung auf dem Gebiet der Kartoffelversorgung vollständig versagt haben, daß das Bezugscheinverfahren sofort wieder zugelassen wird. Durch vorbeugende Maßnahmen ist dem weiteren Rückgang des Kartoffelanbaus Einhalt zu gebieten und der Anbau von Weizen, Roggen, Hafer und Getreide zu fördern.

Unsere Brotversorgung ist zu festigen durch rücksichtslose Bekämpfung der umfangreichen Diebstehlskriminalität und durch Verbot der gemehrlichen Herstellung von Kuchen und Brötchen. Der Verfallung von Brot-Getreide und Kartoffeln muß durch Eindämmung der Schweinegucht entgegenzuwirken werden. In diesem Zusammenhang protestieren wir mit aller Entschiedenheit gegen die Aufhebung der Verfügung über den Verkehr mit Einstichschweinen. Wir müssen diese Maßnahme angesichts der katastrophalen Lage unserer Kartoffelversorgung als eine geradezu verwerfliche bezeichnen.

Den 3. Punkt, die Wohnungsfrage, behandelte Kollege Stoll, der eingangs seiner Ausführungen erklärte, daß die Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot vollständig versagt hätten, was er mit zahlreichen Beispielen belegen konnte.

Er forderte eine vollständige Neuorganisation des Wohnungsamtes, insbesondere müsse der Einfluß der Arbeiterkassen bei der Verteilung der Wohnungen ein größerer sein, was allgemeine Zustimmung fand. Schluß der Sitzung um 10 Uhr.

Sozialdemokratische Partei (Bezirk Mühlburg). Sonntag, 20. Dezember, abends 8 Uhr, Vertagung im „Rheinischen“. Tagesordnung: Vorbereitung für die kommenden Wahlen. Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist Ehrenfache. Die Bezirksleitung.

Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei. Morgen, Samstag, mittags 5 Uhr, findet im Büro von Gen. Dr. Kallmann, Kaiserstraße 124 b eine Sitzung statt. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, vollständig zu erscheinen.

Bibliothek der sozialdem. Partei. Die umfangreiche Bibliothek steht unseren Mitgliedern unentgeltlich zur Benützung frei. Die Bücherausgabe findet jeden Freitag abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr in der Volksbuchhandlung, Adlerstr. 16, statt.

Ein Vorschlag zur Gbte. Eine vor wenigen Tagen hier abgehaltene Versammlung der badischen Tabakpflanzer nahm folgende Entschließung an: „Wenn der Tabak bis 1. Januar 1920 nicht freigegeben wird, werden die Pflanzerselbst einbecken und vergraben und den Tabak in gebrauchsfähigen Zustand oder als Zigarre verarbeitet direkt an die Verbraucher abführen.“

Eine öffentliche Kantaragelstellenversammlung findet heute Freitag, 19. Dez., abends 8 1/2 Uhr im Saal III des Colosseum statt. Kollege Spörz-Stuttgart spricht über „Die Kantaragelstellenbewegung der Gegenwart und der Reichstags“. Siffund vert. Offsh-Postbringer, Ortsgruppe Karlsruhe. Am Samstag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr findet im kleinen Festsaal unsere Weihnachtsfeier mit Kinder-Beisprechung, Musik, Gesängen und Aufführungen statt.

Berantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Aus der Stadt und Lokale Nachrichten: Hermann Adel; für Badische Politik, Aus der Stadt, Kommunales, Soziales und Neuesten: Hermann Winter; für den Anzeigenzweig: Gustav Adiger, sämtlich in Karlsruhe, Luitpoldstraße 24.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. Naturfreunde, Wintersektion. Sonntag, den 21. Dez., Abfahrt 9.06 Mühlbachhof nach Herrnsahl. — Heute abends 8 1/2 Uhr Monatsversammlung mit Vertagung von Anteilsscheinern. 8891

Karlsruhe-Mühlburg. (Dem. Chor-Verband.) Sonntag, 21. Dezember, nachm. 3 Uhr, im Lokal „Württembergischer Hof“ Schlussspiel der Kinder zur Weihnachtsfeier. — Montag 22. Dez., punkt 7 Uhr abends, Hauptprobe für die am 2. Weihnachtsfeiertage stattfindende Weihnachtsfeier. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet. 8904 Der Vorstand.

Lebensmittel Für die Feiertage Wein, Spirituosen u. Liköre Fischmarinaden Räucherwaren Diverses hermann TIETZ

K.F.C. PHÖNIX PHÖNIX-ALEMANNIA Jeden Dienstag und Donnerstag Übung auf dem Sportplatz im Fasanengarten. Jeden Freitag 8 Uhr abends Übung in der Reithalle des Marstalles (Schlossplatz) für Leichtathleten und Fussballer.

Fussball-Verein Beiertheim e.V. Sonntag, 21. Dezember auf unserem Platz Ligaspiel B. Sp. Cl. Pforzheim gegen Beiertheim 2. und 3. Mannschaft gegen V. f. B. Karlsruhe

Mühlbachbahn. Sonntag, den 21. Dezember verkehren auf der Mühlbachbahn folgende, auch im badischen Reiseplan enthaltene Züge: a) nach Ettlingen ab Karlsruhe 7.00, 9.00, 10.45, 12.30, 1.30, 2.45, 3.45, 5.45, 6.55, 8.15, 9.15, 10.15

Dantels Konfektionshaus Damen-Hemden Unterröcke, Schürzen Regenschirme Plüsch-Garnituren Pelze. Sonntag v. 11 bis 6 Uhr offen. F.C. Frankonia Karlsruhe e.V. Sportplatz Durlacher Allee

Karlsruher Fussball-Verein e.V. 8912 Schirmherr: Prinz Max von Baden. Geschäftsstelle: Zirkel 29. Tel. 1198. Allgem. Veranstaltungen wie bekannt! Sonntag, 21. d. M., vormittags 10 Uhr, v. uns. Sport-Platz aus Waldlauf

Offenburger Anzeigen. Kunstgewerblicher Kursus findet in der Gewerbeschule Offenburg jeden Montag, abends von 6—9 Uhr statt. Kursdauer bis Ostern 1920. Unterrichtsgegenstände: Formen- u. Stilkunde, Fachliches Weiterstudium im Zeichnen und Malen. Schulgeld pro Kurs 10 Mark.

Leipziger gute echte PELZE

Nur moderne Formen gute Verarbeitung grosse Auswahl sehr mässige Preise

Besonders große Auswahl und billige Preise

Alaska-Füchse!

Keine teure Ladaumlete nur 7200

Karl-Friedrichstrasse 6
1 Trepp
K. Schorpp
Neben Fa. Selig & Wels
Nähe Schlossplatz.

Karlsruhe **W. Boländer** Kaiserstr. 121

Als praktische Weihnachts-Geschenke eignen sich:

Aussteuer-Artikel
Baumwollwaren
Gardinen
Teppiche
Decken

Damen-Konfektion
Mäntel, Kostüme, Kleider, Blusen, Kostümröcke
Morgenröcke, Strickjacken, Unterröcke etc.
Moderne Formen in guter Verarbeitung.

Herren- und Damen-Kleiderstoffe.

Herren- u. Damen-
Wäsche
Schürzen
Trikotagen
Strümpfe

Billig zu verkaufen:

Ulster für Jünglinge
Mantel
Puppen-Stube
Zuifenstrasse 17, 4. St.

Zylinderhut
neu Nr. 58 zu verkaufen.
Marienstr. 49 III., vor
der Glasstr.

2 Matratzen Eeentab,
gebraucht,
zu verkaufen. 8887
Schuer, Rappurterstr. 23.

Akkord-Zithern

mit unterlegbaren Notenblättern
solort von Jedermann zu spielen

Mk. 50.- bis Mk. 90.-

Das schönste Weihnachts-Geschenk

Fritz Müller
Musikalienhandlung
Karlsruhe i. B. Kaiserstr. Ecke Waldstr.
— Telefon 388. —

Ich kaufe

fortwährend zu höchsten
Preisen, Kleider, Um-
formen, Schuhe u. Wäsche
jeder Art. 8616

S. Urelrad,
Essenweinstraße 32.

Die Geschäfts-Räume
der unterzeichneten Banken und Bank-Firmen sind am
Mittwoch, den 24. Dezember 1919
von mittags 12 Uhr an
und am
Samstag, den 27. Dezember 1919
den ganzen Tag

geschlossen!

Badische Bank
Veit L. Homburger
Mitteldeutsche Creditbank
Rheinische Creditbank

Strass & Co.
Süddeutsche Disconto-
Gesellschaft
Vereinsbank Karlsruhe e. n. v. i.

Möbel!

Betten, Schränke, Nach-
tische, Klavier u. Schreib-
stühle, Teppich, u. Oefen
einl., Röhre u. Matratzen,
Sofa m. Hautenill u. Ionitines
Kleinstmöbel (Kinderschränke).

8004 Selter, Soffenstr. 93.

„Nissin“
gegen 7603

Kopfläuse

Nichts anderes nehmen!
Zu haben in allen Apo-
theken und Drogerien.

Violinen
Cellos
Gitarren
Lauten
Mandolinen
etc.

**Mund- u. Zieh-
Harmonikas**
echte Wiener etc.
In prima Ausführung.

Fritz Müller
Musikalienhandlung
Musik-Instrumente
Kaiserstr., Ecke Waldstr.

Auf Weihnachten

empfehle ich
mein reichhaltig gut sortiertes Lager in

Ulsters, Anzügen, Hosen

in allen Größen und Preislagen
sowie sämtliche

Herrenbedarfs-Artikel
Bei strenger reeller Bedienung. 8907

Aug. Schindel jr.
Durlach, Hauptstraße 88.
NB. Beachten Sie meine Schaufenster.

Günstige Gelegenheit!

Ulster

für Herren und Damen, warme Stoffe, schöne Farben
grosser Posten neu eingetroffen

Preisliste: Mk. 200.- bis 400.-

L. Brotz Marienstr. 18
:: parterre ::
Telephon Nr. 3950. 8704

Kein Laden. Dezember Sonntags geöffnet.

Email-Geschirre

werden dauerhaft repariert (nicht gelötet) 6814

Geschirr-Reparaturanstalt
Karlsruhe, Körnerstr. 34, im Hof. Telefon 1421.

Weihnachts-Ferien!

Schüler sämli. Lehranstalten
verbessern die Handschrift
während der Ferienzeit in 8891

ca. 5-7 Lektionen
bei 1-2stündiger tägl. Übung.
Honorar Mk. 21.- Erfolge bekannt
mit Material. wie Belege zeigen.

Anmeldung: Montag, d. 22. Dez.
von morgens 9 Uhr an

Ergebnis
empfiehlt sich

F. Buck
Spezialist für Handschrift-Verbesserung
Lessingstraße 78 IV Lessingstraße 78 IV.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmstraße 34
Fernsprecher 1846.

Jackenkleider, flotte Formen Mk. 78.- an
Herbst- und Winterpaletots in guten Stoffen Mk. 55.- an
Regenmäntel Mk. 95.- an Kostümröcke Mk. 24.- an
Sportjacken Mk. 75.- an Sportblusen Mk. 25.- an

Lodenmäntel und Pelerinen für Damen und Herren
Seiden-, Tüll-, Chiffon-, Voile- und Woll-Blusen
Plüsch- und Astrachanmäntel, Seiden- und Voilekleider
Kinderkleider und Kindermäntel in allen Größen
Pelae Plüschgarnituren zu billigsten Preisen.

Keine Ladenspesen. Reelle Bedienung,
Sonntag von 11 bis 6 Uhr offen. 8456

Nur wenige Tage in Karlsruhe.

Täglich

im großen Saale des
Friedrichshofes

Mag. Sigl's großes anatomisches
Museum aus München

Städtische Fachschule
für

Elektriker und Starkstrom-Monteur
Karlsruhe i. B.

(Ganztagunterricht)
Kursbeginn: 12. Januar 1920
Kursende: 27. März 1920
Schulgeld: Mark 75.-

Anmeldungen an die Schulleitung, Adler-
strasse 29, erbeten. 8799

Wir suchen
für sofort und später 6926

**Allein-Mädchen,
Köchinnen und
Zimmermädchen**

Städtisches Arbeitsamt
Zähringerstraße 100 Zimmer Nr. 11.

Häuser

mit und ohne Geschäfte
sowie Liegenschaften aller
Art zu verkaufen durch das

Liegenschaftsbüro
M. Busan,
Karlsruhe, Gerrenstr. 88.
7073 Telephon 5590.

**Gold, Silber,
Platin**
zählt am besten

Wilbe, Arenzstraße 16.

Metallbetten Stahlbr.-
Matratzen,
Kleiderbetten, Polster an
Edermann. Katalog frei.
Eisenmöbelfabr. Suhl i. B.

Trauer-Hüte
in jeder Preislage stets vorrätig 8870

S. Rosenbusch, Kaiserstr.
137.

Der Mensch

sein Entstehen und Vergehen.

Wissenschaftlich! Warnend! Belehrend!
Von hervorragenden Universitäts-
professoren glänzend begutachtet!
Die Präparate stammen zum größten
Teil aus der Kunstanstalt des be-
rühmten Anatomen Paul Zeller
an der Universität in München.

Personen unter 18 Jahren ist der
Zutritt polizeilich nicht gestattet.

15 Abteilungen: Alles ohne Nach-
zahlung.

Anherdem die Original-Münze
„Julia Pastrana“
die interessanteste Frau, welche je
lebte. 8683

Wegen des gemeinnützigen Zweckes
ermäßigter Eintrittspreis:
einschl. Steuer Mk. 1.50.

Täglich geöffnet
von früh 9 Uhr bis abends 7 Uhr.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Hilfsbund vertr. Elsf-Lothringer Ortsgruppe Karlsruhe

Am Samstag, den 20. Dezember, abends 7 Uhr findet im kleinen Festhalla unsere

Weihnachts-Feier mit Kinder-Bescherung

Musikvorträgen und Aufführungen statt.

Ges.-Verein „Harmonie.“

Am Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 1/2 4 Uhr, findet unsere

Weihnachts-Feier

in Saale des „Apollotheaters“, Marie Straße, statt. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen.

Die Mitglieder sind verpflichtet, am Saaleingange die Mitgliedskarten vorzuzeigen. 8882

Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Durlach.

Sonntag, den 21. d. Mts., findet in der Festhalle unsere diesjährige

Weihnachtsfeier

mit Theater, turnerischen und gesanglichen Aufführungen, sowie Gaben-Verlosung statt, wozu wir unsere werthen Mitglieder, Freunde und Gönner herzlich einladen.

Anfang punkt 6 Uhr. — Saalöffnung 5 Uhr.

Freiwillige Gaben werden bei unserem Kassier Joh. Kühne, Adlerstraße 9 oder Sonntag vormittag in der Festhalle mit Dank entgegengenommen. 8903

Der Vorstand.

Sängerbund Vorwärts Durlach.

Sonntag (1. Weihnachtsfeier-tag), nachmittags 4 Uhr,

Weihnachts-Feier

im großen Saale der Festhalle, verbunden mit gesanglichen, theatralischen und musikalischen Darbietungen. — Hierzu laden wir unsere verehrlichen Mitglieder nebst Angehörigen fangestruendlichst ein.

Eintritt frei! — Einführungsrecht gestattet!

Bretten.

Sozialdemokratische Partei.

Am kommenden Samstag, den 20. Dezember, findet im Gasthaus „Württembergischer Hof“, punkt 8 Uhr, eine

Mitglieder-Versammlung

statt. Jeder Genosse und jede Genossin hat die Pflicht zu erscheinen. 8884

Der Vorstand.

Kulmbacher Bier

(Mönchshofbräu) 8877

Spatenbräu München

hat an Wirte, Vereine, Spozereihandlungen und Private lassweise abzugeben.

Für die Feiertage empfehle ich kleine Fass von 10 Liter an aufwärts; ich ersuche die Bestellungen schon jetzt anzugeben damit prompte Bedienung zugesichert werden kann.

Hans Allgeier

Durlacher Allee 25. Telefon 1961.

Für Durlach nimmt Bestellungen entgegen:

Herr Ernst Derrer

Hauptstrasse 45. Telefon 531.

Als praktische Weihnachtsgeschenke

empfehlen preiswert



— Grosse Auswahl! —

Straßen-, Sport-, Gesellschafts-Anzüge

Sehr billig Sehr billig

Ein Posten gestrickte Knaben-Sweaters u. Hoson

Mees & Löwe

Karlsruhe, Kaiserstrasse 46. 8075

Grosse Neu - Eingänge

Damen - Konfektion

Kostüme
Kleider
Röcke
Blusen
Mäntel
Kindermäntel

8880

Grosses Lager in

Kleider- und Blusen-Stoffen
Baumwoll-Waren u. s. w.

Carl Schöpff

Marktplatz.

Advent-Sonntag den 21. Dezember
von 11 bis 6 Uhr Verkaufszelt.

Mieter- u. Bauverein Karlsruhe

e. G. m. b. H.

Wegen Todesfall haben wir auf sofort zu vermieten Ettlingerstrasse Nr. 8 II. Etod eine Wohnung von 5 Zimmern und Küche, evtl. 3 Zimmer und Zubehör. Bewerbungen wollen im Büro bis Montag den 22. d. Mts. abends 6 Uhr erfolgen, wofür die Vermietung stat. findet.

Der Vorstand.

Einen guten Fang



macht jedermann der seinen Bedarf in Messer u. Stahlwaren jeder Art deckt, wo dieselben auch sachmännisch geschliffen u. repariert werden können. Karl Hummel, Werdnerstr. Nr. 11, Tel. 1547.

Mandolinen, Gitarren, Lauten

Zithern, Ziehharmonikas
Mundharmonikas

u. sonstige Musikinstrumente

offert billigst

Weintraub's An- u. Verkaufsgeschäft

52 Kronenstrasse 52. 854

Heirat.

Ein 46 Jahre alt, fath, mit 3 Kindern, ehen Haus, Laden-e chäft und etwas Landwirtschaft, Verdüngen ca. 8000 Mk. sucht sich mit Fräulein (Witwe mit einem Kind nicht ausgeschlossen), welche tüchtig im Haushalt und mit den ländlich. Verhältnissen durch-us vertraut, woher zu verheiraten. Erstgemeinte Offerten, wozu möglich in Bild, wolle man vertrauensvoll unter Nr. 8883 an das Volkshausbüro einreichen.

Der Vorstand.

Gänlebern

werden fortwährend zu den höchst. Preisen angeliefert. 8879
Karlsruhe 12, 11.

Maisgries- und Maismehl

zum Kochen und Backen, gute, trockene Ware, das Pfund zu Mk. 2.60, gibt ab 8885

Städt. Vorratslage
Karlsruhe, Stübenstr. 19.

Rohraben,

erdfreie Ware, werden abgeben in großen und kleinen Mengen. 8886

Städt. Vorratslage
Karlsruhe, Stübenstr. 19.

Badisches Landes-Theater.

Freitag, den 19. Dezember 1919.
Meister Guido

Komische Oper in drei Akten. Dichtung und Musik von Hermann Nitsel.
Anfang 7 Uhr. (Gr. Pr.) Ende 10 Uhr.

Donnerstag, den 18. u. Freitag, den 19. Dez. „Baruffal“ Oper in 1 Akt. 14. M. Vorverkaufrecht für Inhaber von Vorverkaufsstellen am Freitag, den 19. Dezember, 4-5 Uhr an der Theaterkasse im Hauptgebäude, allgemeiner Vorverkauf von Samstag, den 20. Dezember an. 8911

Badisches Landes-Theater.

Der Preis für die Vorzugskartenhefte beträgt		
ständig:	halbe	
	Hefte	
I. Rang, Balkon u. Sperrsitze I. Abt.	69.50 M.	34.25 M.
Sperrsitze II. Abt. u. Parterrelogen	56.40	28.20
II. Rang	48.80	24.40
III. Rang	38.00	19.00
IV. Rang	18.00	9.00

Die Hefte zum neuen Preis erscheinen sofort in einer neuen Ausgabe. Die alten Hefte behalten ihre Gültigkeit bis 1. Februar 1920. Als Weihnachtsgabe werden halbe Hefte (je 3 Abschnitte für Schauspiel und Oper) abgegeben. Die Gültigkeit der neuen Hefte, die an den Theaterkassen und in allen Verkaufsstellen zu haben sind, ist bis auf Weiteres unbeschränkt.

Eintrittskarten für den IV. Rang und Stehplätze werden an der Vorverkaufsstelle am Tage vor der Aufführung ohne Vorverkaufgebühren abgegeben. Karlsruhe, im Dezember 1919. 8915
Generaldirektion des Bad. Landestheaters.

? Was ist das Tagesgespräch?

Harry Piel

3. Abenteuer

Der große Coup

5 grosse Akte. 8868

nur noch heute.

Welt-Kino

Telephon 5448 Kaiserstrasse 133

Weihnachtsfeier

des Gebirgs- und Volkstrachten-Bereins „D'Schlierse'er“

findet am Sonntag, den 21. Dezember, im Saal „Prinz Heinrich“, Kurvenstraße, statt.

Aufführung:
Oberbayerischer Schupplattlertänze.

Reichhaltige Gabenverlosung vorhanden. Einem zahlreichen Besuche der Landeute und Gönner sieht entgegen 8893

Die Vorstandschäft.

Apollo - Theater

Marienstraße 16.

Oberbayerisches Bauerntheater

Direktion Hartl und Jos. Schmid.

Samstag, den 20. Dez., abends 1/8 Uhr

auf vielseitiges Verlangen die urkomische Bauernposse mit Gesang und Tanz 8892

Der Amerikaseppel.

Grosser Lacherfolg!

Vorver- in der Restauration, Variet- und ab 1/7 Uhr im Theatersaal.

Weißer Käse.

Verkauft von Wei em Käse Freitag, den 19. Dezember bis Montag, den 21. Dezember 1919, in der Fettverkauftstelle Nr. 1 6 an die dort eingetragene Stundschäft gegen die Warenkarte 1 Nr. 127. Stoppmenge 1/4 Pfund. Preis Mk. 1.20 für das Pfund. Karlsruhe, den 17. Dezember 1919. 8889
Nahrungsamt der Stadt Karlsruhe.